

Türkei verbietet Weihnachten an deutscher Schule

Man stelle sich nun einmal den umgekehrten Fall vor. In Deutschland wurde es einer türkischen oder generell einer islamischen Schule verboten werden relevante Feierlichkeiten abzuhalten. Die Empörung wäre groß und eine außenpolitische Krise vorprogrammiert. Anders in der Türkei. Hier haben die türkischen Behörden erstmals das Thema Weihnachten aus dem Unterricht an einer deutschen Auslandsschule in Istanbul verbannt.

"Es gilt nach Mitteilung der türkischen Schulleitung eben, dass ab sofort nichts mehr über Weihnachtsbräuche und über das christliche Fest im Unterricht mitgeteilt, erarbeitet sowie gesungen wird", heißt es in einer E-Mail, die die Leitung der deutschen Abteilung des Istanbul Lisesi an das Kollegium schickte und die der dpa vorliegt. Auch die Teilnahme des Schulchors am traditionellen Weihnachtskonzert im deutschen Generalkonsulat wurde von der türkischen Schulleitung kurzfristig unterbunden.



Fortschreitende Islamisierung und ungebremster Werteverlust prägen immer mehr unsere Gesellschaft und unsere Feiertage. So werden Weihnachtsmärkte und St. Martinsumzüge umbenannt, nur um anderen Kulturen zu gefallen. Daher ist es besonders an solchen Tagen wichtig, dass wir unsere Tradition und Werte bewahren, denn diese sind relevanter Teil unserer Identität.

Linksextremisten setzen sogar Richter unter Druck

Der Hamburger Amtsrichter Krieten ist ins Visier der linksextremen Szene gerückt. Weil er sich mit harten Urteilen gegen G-20-Randalierer in der Szene unbeliebt gemacht hat, plant Linkschaoten eine Demo vor seinem Privathaus in Buxtehude. Der Richterverein kritisierte dies als Angriff auf den Rechtsstaat. Unter dem Motto „Weihnachten mit Richter Krieten“ bewarb die Gruppe „Schwarz-Roter 1. Mai HH“ die Aktion. „Krietens große Bühne war der erste G-20-Prozess und sein fulminantes Debüt krönte er gleich mal mit zwei Jahren und sieben Monaten für unseren Freund und Genossen Peike“, hieß es. Krieten hatte den ersten G-20-Prozess geführt und einen 21-jährigen Flaschenwerfer zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt. Polizisten seien kein Freiwild für erlebnisorientierte Gewalttäter, hatte der Richter das Urteil begründet. Im vergangenen Jahr wurde ein mehrfach vorbestrafter Angeklagter von Krieten wegen des Wurfes einer abgebrochenen Glasflasche auf einen Polizisten zu 3,5 Jahren Haft verurteilt.

Vom Mindestlohn in die Altersarmut

Besonders in Großstädten herrscht oftmals Wohnungsnot. Daran hat sich die letzten Jahre nichts grundlegend verändert oder verbessert. Die Zahl der Baugenehmigungen ist in den ersten zehn Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr nicht nennenswert gestiegen. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Demnach stimmten die Behörden dem Neubau oder Umbau von knapp 290.000 Wohnungen zu. Ihre Zahl blieb damit annähernd auf Vorjahresniveau. Während die amtlichen Zusagen für Einfamilienhäuser um 1,4 Prozent zulegten, gab es sowohl bei Zweifamilienhäusern (-0,2 Prozent) als auch bei Mehrfamilienhäusern (-0,9) leichte Rückgänge.

Zugleich wies die Behörde darauf hin, dass die Zahl neuer Genehmigungen seit geraumer Zeit höher sei als die Zahl der Baufertigstellungen. Dieser Bauüberhang nehme seit einigen Jahren zu. Das Statistische Bundesamt hatte erst kürzlich neue Zahlen zur Bausituation veröffentlicht. Demnach gab es vergangenes Jahr mehr als doppelt so viele genehmigte aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen wie 2008. Die Zahl stieg von etwa 320.000 auf fast 700.000.

Besonders oft kommt es in den Großstädten und Ballungszentren zum Verzug. Als Ursache dafür sind ausgelastete Bauunternehmen, und gestiegene Preise. In den Großstädten

spielen zudem Spekulationsobjekte und eine große Rolle. Die Zahl der Baugenehmigungen gilt als eine wichtige Größe, um die künftige Entwicklung des Wohnungsbaus einzuschätzen. Auch 2020 dürfte die Zahl der fertiggestellten Wohnungen damit weit unter dem geschätzten Bedarf bleiben. Um die große Nachfrage nach Immobilien zu decken, müssen nach Einschätzung von Politik und Bauwirtschaft in Deutschland jährlich 350.000 bis 400.000 Wohnungen entstehen. Die Bundesregierung hatte sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, bis zum Jahr 2021 mindestens 1,5 Millionen neue Wohnungen zu schaffen. Das entspricht 375.000 Wohnungen pro Jahr. Auch das Ziel wurde verfehlt.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**


Der Bundesvorstand der Partei DIE REPUBLIKANER wünscht allen Mitgliedern und Freunden unserer Partei ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest. Wir bedanken uns auch in diesem Jahr für die Unterstützung und werden im kommenden Jahr wieder mit aller Kraft für eine wichtige und notwendige politische Veränderung in unserem Land aktiv sein.

Immer mehr Kinder essen bei der Tafel

"Dass 500.000 Kinder und Jugendliche über die Tafel unterstützt", sagte Jochen Brühl, Bundesvorsitzender von Tafel Deutschland. Damit zeigt er auf, was viele andere Studien belegen. In Deutschland nimmt nicht nur die Altersarmut weiter zu, auch immer mehr Kinder und Jugendliche sind auf Nahrung von der Tafel angewiesen.

Dabei ist die Spitze des Eisbergs noch lange nicht erreicht und es gibt viele Bürger, die theoretisch in einer derart desolaten Wirtschaftslage sind, jedoch aus Scham und Angst den Weg bisher scheuen. Insbesondere älteren Menschen ist es unangenehm, nach jahrzehntelanger Arbeit um Leistungen bei den Ämtern zu bitten oder eben sich zur Tafel zu begeben. Jene, die unser Land zu dem Reichtum verholfen haben, partizipieren im Alter nicht davon.

Grünen-Chef will tausende weiterer Migranten nach Deutschland holen

Ginge es nach dem Grünen-Chef Habeck, dann würde Deutschland spontan um weitere tausende Migranten bereichert., denn dieser will eine zusätzliche Einwanderung nach Deutschland ermöglichen. Hintergrund sind die hohe Migrantenzahlen in Griechenland. „Wir dürfen Griechenland nicht allein lassen. Die neue EU-Kommission muss schnell einen neuen Anlauf zu einer fairen Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Staaten unternehmen“, fügte daraufhin SPD-Politikerin Kofler hinzu. „Wünschenswert wäre auch ein neues Schutzprogramm für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Das sich hieraus ein umfangreicher Nachzug ergeben kann, dürfte offenbar von den beiden bereitwillig in Kauf genommen werden.

„Die griechische Regierung schlägt inzwischen Alarm, die Asylbewerberzahlen auf den Inseln steigen massiv an. Griechenlands Premierminister Kyriakos Mitsotakis hatte Deutschland und die EU erst vor kurzem aufgefordert, einen Teil davon aufzunehmen und die Asylverfahren bei sich aufzuführen. „Dies ist kein griechisch-türkisches Problem, sondern ein Problem zwischen der EU und der Türkei“, hatte er vor einer Woche der Presse gesagt. Hier liegt er ansatzweise richtig, aber ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Deutschland einen Großteil der Asylbewerber aufgenommen hat. Wenn an die EU appelliert wird, dann sollte Deutschland sich hier nicht angesprochen fühlen.

Weihnachtsferien der Bundesgeschäftsstelle

Auch die Parteifreunde auf der Bundesgeschäftsstelle müssen sich einmal von ihrer Arbeit erholen. Daher ist unser Büro vom 22.12 bis 03.01.2020 nicht besetzt. Im nächsten Jahr sind wir wieder für Sie da und bitten deshalb um etwas Geduld bei der Bearbeitung von Anfragen und Mitgliedsanträgen.

Jetzt Republikaner werden DIE ZEIT IST REIF!


für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de
DIE REPUBLIKANER
DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.